

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 14.03.2019
Sitzung Nummer:	59 (KVPA/59/2019)
Sitzungsdauer:	15:30 - 17:40 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Carsten Wulfänger
Vorsitzender, Landrat

Jacqueline Krehl
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Carsten Wulfänger

Mitglieder

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Nico Schulz

Herr Thomas Staudt

Frau Annemarie Theil

Herr Eike Trumpf

Herr Frank Wiese

anwesend ab 15.50 Uhr

von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber

Herr Thomas Müller

Frau Ina Schulze

Herr Sebastian Stoll

Teilnehmer

Herr Hendrik Galster

ALS

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses sowie der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 58. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 21.02.2019
- 6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 57. Sitzung des KVPA vom 06.12.2018 sowie der 58. Sitzung des KVPA vom 21.02.2019
- 7 Zustimmung zur Annahme einer Spende seitens der Kreissparkasse Stendal
Vorlage: 590/2019
- 8 Klimaschutzkonzept im Landkreis Stendal
Vorlage: 572/2018
- 9 Mehrjahresprogramm EntflechtG - Fortführung
Vorlage: 588/2019
- 10 Petition zum zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Stendal-Uelzen
Vorlage: 592/2019
- 11 Vorstellung des Programms Familien stärken - Perspektiven eröffnen (FsPe)
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 600/2019
- 12 Bekanntgabe des Kreiswahlleiters und des stellvertretenden Kreiswahlleiters zur Wahl des Landrates des Landkreises Stendal
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 603/2019
- 13 Festlegung des Wahltages und der Wahlzeit zur Wahl des Landrates des Landkreises Stendal
Vorlage: 604/2019
- 14 Ende der Einreichungsfrist für die Bewerbung zum Landrat und Stellenausschreibung für die Wahl des Landrates
Vorlage: 605/2019
- 15 Anfragen und Anregungen

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat eröffnet um 15.30 Uhr die 59. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses sowie der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellt fest:

- die Einberufung zur Sitzung des KVPA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 01. März 2019,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 6 Mitglieder des KVPA sowie der Landrat anwesend. (siehe auch Seite 1 Anwesenheitsliste).

zu TOP 3 Änderungenanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Da keine Änderungsvorschläge angezeigt werden, gilt die Tagesordnung als festgestellt.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Landrat schließt die Einwohnerfragestunde.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 58. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 21.02.2019

Es gibt keine Anmerkungen.

Damit stellt der Landrat den öffentlichen Teil der Niederschrift der 58. Sitzung des KVPA vom 21.02.2019 fest.

zu TOP 6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 57. Sitzung des KVPA vom 06.12.2018 sowie der 58. Sitzung des KVPA vom 21.02.2019

Der Landrat gibt folgende in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 57. Sitzung des KVPA vom 06.12.2018 sowie der 58. Sitzung des KVPA vom 21.02.2019 bekannt:

In seiner Sitzung am 06.12.2018 fasste der KVPA folgende Beschlüsse:

Zur Drucksache Nr. 582/2018

Ausbau der K 1070, 4. Bauabschnitt, Zufahrt zum Industrie- und Gewerbepark Altmark (IGPA) Arneburg - Straßenbauarbeiten, Kanalarbeiten

„Nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung gem. § 3 VOB/A sowie rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wird beschlossen, für die Straßenbau- und Kanalarbeiten der Maßnahme: Ausbau der K 1070, 4. Bauabschnitt, Zufahrt zum Industrie- und Gewerbepark Altmark (IGPA) Arneburg dem Bieter MATTHÄI Bauunternehmer GmbH & Co. KG aus Stendal den Zuschlag zu erteilen. Die Auftragssumme beträgt 1.032.401,11 € (brutto). Das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Stendal liegt vor.“

Zur Drucksache Nr. 574/2018

Verlängerung des LEADER-Managements für die Lokalen Aktionsgruppen "Uchte-Tanger-Elbe" und "Elb-Havel-Winkel"

„Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss stimmt der Verlängerung des LEADER-Managements für die Lokalen Aktionsgruppen „Uchte-Tanger-Elbe“ und „Elb-Havel-Winkel“ mit der Agentur für Regionalentwicklung „Landleute GbR“ Stendal zu.“

Zur Drucksache Nr. 580/2018

Personalangelegenheit; Einstellung als Sachgebietsleiter/in Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz / Rettungsdienst

„Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beschließt im Einvernehmen mit dem Landrat, gemäß § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises Stendal vom 25.09.2014 die ausgeschriebene Stelle „Sachgebietsleiter/in Wirtschaftsförderung und Projektmanagement“ mit Herrn René Tangelmann voraussichtlich ab 01.01.2019 zu besetzen. Die Stelle ist mit der Entgeltgruppe 11 TVöD (Teil A – Allgemeiner Teil, Punkt 3 „Entgeltgruppen 2 – 12 (Büro-, Buchhalterei-, sonstiger Innendienst und Außendienst“) Entgeltordnung VKA bewertet. Die Besetzung der Stelle erfolgt zunächst unter Führung auf Probe gem.

§ 31 Abs. 1 TVöD für die Dauer von 2 Jahren befristet. Während dieser Zeit erhält Herr Tangelmann eine persönliche Zulage gem. § 14 Abs. 3 TVöD von der Entgeltgruppe 10 zur Entgeltgruppe 11.“

In seiner Sitzung am 21.02.2019 fasste der KVPA folgenden Beschluss:

Zur Drucksache Nr. 589/2019

Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners mittels Biozid im Landkreis Stendal 2019 (6 Lose)

„Nach erfolgtem offenen Verfahren einer europaweiten Ausschreibung gem. § 15 Abs. 1 VgV sowie rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wird beschlossen, für die Maßnahme Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners mittels Biozid im Landkreis Stendal 2019 für 6 Lose folgenden Firmen den Zuschlag zu erteilen:

Los 1 – Ausbringung eines Biozids mittels Luftfahrzeug

Firma: HELIX Fluggesellschaft mbH aus Neuenstein

Los 2 – Bekämpfung vom Boden mittels Biozid im Norden des Landkreises Stendal

Firma: ENVIRO PEST CONTROL GmbH aus Biederitz

Los 3 – Bekämpfung vom Boden mittels Biozid im Süden des Landkreises Stendal

Firma: Barduhn-Schädlingsbekämpfung aus Bad Belzig

Los 4 – Bekämpfung vom Boden mittels Biozid an Radwegen sowie an Landes- und Bundesstraßen des Landkreises Stendal

Firma: Schröck GmbH aus Müncheberg

Los 5 - Bekämpfung durch mechanische Behandlung befallener Bäume entlang von Kreisstraßen und sachgerechte Entsorgung des abgesaugten Materials

Firma: Barduhn-Schädlingsbekämpfung aus Bad Belzig

Los 6 – Bekämpfung durch mechanische Behandlung befallener Bäume und sachgerechte Entsorgung des abgesaugten Materials

Firma: ENVIRO PEST CONTROL GmbH aus Biederitz

Die Auftragssummen (brutto) für die Lose 1 bis 6 betragen:

Los 1 285.338,90 €

Los 2 21.086,99 €

Los 3 26.806,42 €

Los 4 33.161,02 €

Los 5 43.947,18 €

Los 6 58.607,20 €

Das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Stendal liegt vor.“

zu TOP 7 Zustimmung zur Annahme einer Spende seitens der Kreissparkasse Stendal
Vorlage: 590/2019

Der Landrat erklärt kurz die Beschlussvorlage.

Da es keine Fragen gibt, stellt der Landrat diese zur Abstimmung.

mehrheitlich zugestimmt

zu TOP 8 Klimaschutzkonzept im Landkreis Stendal
Vorlage: 572/2018

Herr Stoll stellt das Klimaschutzkonzept des Landkreises Stendal anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 8 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Frau Dr. Paschke erklärt, dass im Ausschuss für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur, durch den sachkundigen Einwohner Mario Peine, Verbesserungsvorschläge zum Konzept angebracht wurden. Dort wurde beschlossen, dass die Punkte schriftlich ausgearbeitet werden sollen. In der Fraktion wurde intensiv darüber beraten und man ist zu dem Entschluss gekommen, dass Klimaschutzkonzept weiterhin als positiv zu werten. Es wird trotzdem ein Änderungsantrag gestellt, damit Verfahrensvorschläge zum Ausdruck gebracht werden können.

Im ersten Punkt geht es darum eine enge Kommunikation mit anderen Entscheidungsträgern anzustreben und einen Plan zu erstellen, wie dies gelingen kann. Im Konzept sind viele Dinge aufgeführt, die nicht nur unseren Kreis betreffen. Aus diesem Grund muss eine Kommunikation zwischen den einzelnen Ebenen gegeben sein.

Im zweiten Punkt fordern wir, dass die Rechte und Pflichten des Klimaschutzmanagers, nach Genehmigung der Stelle, mindestens im KVPA und OULA vorzustellen sind.

Als dritten und letzten Punkt wird angedacht, die Arbeit des Managers einmal im Quartal dem Fachausschuss vorzustellen. Dabei soll über aktuelle Schwerpunkte und deren Umsetzung Bericht erstattet werden.

Herr Staudt fragt, ob der Klimaschutzmanager an jeder Sitzung des Fachausschusses teilnehmen soll.

Frau Paschke antwortet, dass der zuständige Dezernent oder eben der Klimaschutzmanager selbst über aktuelle Projekte und bestimmte Zwischenschritte berichten soll. Dies muss nicht in jeder Sitzung erfolgen, aber man soll das Thema immer im Auge behalten.

Herr Wiese hinterfragt, ob der Manager im privaten und gewerblichen Bereich eingesetzt wird.

Herr Stoll erklärt, dass Angebote durch Netzwerkarbeit gemacht werden sollen. Dadurch werden Privatleute und Unternehmen mit einbezogen.

Herr Wiese empfindet dies als durchaus positiv. Wird er dann koordinierend tätig sein oder auch selbst Beratungen durchführen?

Herr Stoll stellt klar, dass der Klimaschutzmanager kein Beauftragter, sondern Mitarbeiter der Verwaltung sein wird. Er geht in die Struktur der Wirtschaftsförderung ein. Wir erwarten einige Vorkenntnisse im Bereich Energie und Klimaschutz und betriebswirtschaftliche Erfahrungen. Er soll beraten, Netzwerker sein und Empfehlungen aussprechen.

Frau Theil berichtet, dass dies kein abgeschlossenes Konzept darstellt. Wichtig ist es die Wirtschaft einzubinden. Außerdem sollte diese Arbeit in bestimmten Abständen Thema im Fachausschuss sein. Es ist unsere Pflicht mehr für den Klimaschutz zu tun.

Der Landrat schlägt vor, die Arbeitsplatzbeschreibung zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal im Ausschuss vorzustellen. Wichtig ist, den Klimaschutzmanager in der Wirtschaftsförderung anzusiedeln, damit der Kontakt zur Wirtschaft und den Privatleuten hergestellt werden kann.

Da es keine weiteren Fragen gibt, stellt der Landrat die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 9 Mehrjahresprogramm EntflechtG - Fortführung
Vorlage: 588/2019**

Herr Müller erläutert kurz die Tabelle, welche Anlage der Beschlussvorlage ist.

Der Landrat ergänzt, dass es nach dem neuen Landesgesetz eventuell etwas mehr Geld geben soll, allerdings sollte man auch beachten, dass die Baupreise weiterhin ansteigen. Die Kreise sind für ihre Kreisstraßen völlig unterfinanziert. Insgesamt fehlen 1 Mrd. € in Sachsen-Anhalt für die Kreisstraßen. Die Prioritätenliste für 2019/2020 wurde bereits durch den Kreistag beschlossen. Man befindet sich derzeit in der Planung der Prioritätenliste 2020/2021, damit rechtzeitig ein Beschluss gefasst werden kann.

Da es keine Fragen oder Anmerkungen gibt, lässt der Landrat über die Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Kreistag abstimmen.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 10 Petition zum zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Stendal-Uelzen
Vorlage: 592/2019**

Herr Müller informiert wie folgt:

Es handelt sich hierbei um das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit Stendal-Uelzen“. Die Strecke ist für 160 km/h ausgelegt. Aus diesem Grund kreuzen Bahnübergänge die Strecke. Bei einer Auslegung von 180 km/h oder sogar 200 km/h, hätte man anstatt der Bahnübergänge Brücken bauen müssen. Insgesamt befinden sich über 50 Bahnübergänge auf dieser Strecke. Im Jahr 2014 wurde begonnen die Bahnübergänge bis Hohenwulsch zu sanieren. Bei dem Bahnübergang Hohenwulsch hatte der Landkreis Stendal einen Eigenanteil von ca. 20.000 €. In diesem ersten Abschnitt gab es noch vier weitere Übergänge der Einheitsgemeinde Stadt Bismark (Eigenanteil von knapp 100.000 €).

Auch in der zweiten Baustufe ist die Einheitsgemeinde Stadt Bismark mit 3 Bahnübergängen, das Land mit einem Bahnübergang in Kläden und der Landkreis mit zwei Bahnübergängen eingeplant. Die Stadt Salzwedel hat die beiliegende Petition entwickelt.

Das Eisenbahnkreuzungsgesetz sieht bei jedem Bahnübergang, der saniert wird, eine Kostendrittung (Bund, Bahn und der betroffene Straßenbaulastträger) vor. Nach einer Prognose sollen 2030 ungefähr 258 Züge, davon 190 im Güterverkehr, unterwegs sein. Deshalb spricht man von erheblichen Sperrzeiten, welche sich auf 30 Minuten pro Stunde belaufen sollen.

Die Petition gliedert sich in vier Punkte.

Punkt 1 macht auf das Eisenbahnkreuzungsgesetz und die Kostendrittung aufmerksam.

Der zweite Punkt wäre die Transparenz. In der Stadt Salzwedel und der Einheitsgemeinde Bismark haben die Ausbauten zu Kostensteigerungen geführt, obwohl man als Träger des Verkehrsweges kaum an den Prozessen beteiligt ist. Aus diesem Grund fordert man mehr Transparenz.

Als Drittes fordert man, dass bei der Neuaufstellung des EntflechtG die Bahnübergänge berücksichtigt werden.

Der Ausbau der Bahnübergänge stellt eine erhebliche Belastung dar.

Die vierte und letzte Forderung ist der Lärmschutz. Der am meisten betroffene Bereich ist die Ortschaft Kläden. Dort führt das Gleis ziemlich nah an der Grundbebauung vorbei.

Herr Dr. Gruber ergänzt, dass es bereits Gespräche mit dem Altmarkkreis und der Hansestadt Salzwedel gab. Dabei war es wichtig zu erfahren, wer sich an der Petition beteiligt.

Der Landkreis Uelzen hat eine Sondervereinbarung mit der deutschen Bahn vor einigen Jahren getroffen. Sie hoffen auf andere finanzielle Unterstützung und haben sich aus diesem Grund nicht der Petition angeschlossen. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat sich der Petition ebenfalls nicht angeschlossen, da es dort nur einen Bahnübergang gibt.

Frau Theil empfindet diese Petition als sehr positiv, da die Kostendrittung im Eisenbahnkreuzungsgesetz sehr überholt ist. Bei den steigenden Baupreisen wird es auch in Zukunft für die Gemeinden und Kreise immer schwerer eine Mitfinanzierung leisten zu können. Da dies allerdings Pflicht ist, müsste das Geld an anderen Stellen eingespart werden.

Der Landrat erklärt, dass es dieses Problem bereits in den 90er Jahren gab. Durch die Petition soll das Vorhaben nicht behindert bzw. verhindert werden, es soll lediglich die Sache der Kosten angesprochen werden.

Frau Theil ergänzt, dass die Überquerungen bezahlbar sein müssen, sowie der Lärmschutz und auch die Hilfsfristen berücksichtigt werden müssen.

Herr Staudt hinterfragt, ob die Sperrzeit von 30 Minuten/Stunde erst nach Sanierung der Bahnübergänge eintritt. Sollte dies der Fall sein, wäre mit einer erheblichen Beeinträchtigung zu rechnen.

Herr Müller stimmt zu.

Der Landrat erläutert, dass die Rettungsbereiche so eingeteilt werden müssen, dass keine Bahnübergänge auf dem Weg liegen. Nur dadurch können die Hilfsfristen eingehalten werden.

Frau Theil merkt an, dass dies schwer umzusetzen ist, solange Stendal weiterhin das zentrale Krankenhaus darstellt.

Herr Wiese erklärt, dass es durch die Sperrzeiten zu einer erheblichen wirtschaftlichen Beeinträchtigung kommen wird.

Dem Landrat ist diese Problematik bewusst. Es wird noch einige Gespräche mit der Landesstraßenbaubehörde geben um Lösungen zu finden.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Der Landrat stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 11 Vorstellung des Programms Familien stärken - Perspektiven eröffnen (FsPe)
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 600/2019**

Herr Stoll stellt das Programm anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 11 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Mitteilungsvorlage wird daher zur Abstimmung gestellt.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 12 Bekanntgabe des Kreiswahlleiters und des stellvertretenden Kreiswahlleiters zur Wahl des Landrates des Landkreises Stendal
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 603/2019**

Der Landrat erklärt, dass Herr Dr. Gruber als Kreiswahlleiter und Herr Stoll als sein Stellvertreter für die kommende Kommunalwahlperiode gewählt wurden. Da in diesen Zeitraum auch die Landratswahl fällt, soll lediglich darüber informiert werden, dass auch bei dieser Wahl der Kreiswahlleiter und die Stellvertretung durch Herrn Dr. Gruber und Herr Stoll abgedeckt werden.

Es gibt keine Fragen zur Mitteilungsvorlage.

Der Landrat stellt diese sodann zur Abstimmung.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 13 Festlegung des Wahltages und der Wahlzeit zur Wahl des Landrates des Landkreises Stendal
Vorlage: 604/2019**

Herr Dr. Gruber erläutert, als Kreiswahlleiter, kurz die Vorlage und deren Anlage.

Da es keine Anmerkungen gibt wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 14 Ende der Einreichungsfrist für die Bewerbung zum Landrat und Stellenausschreibung für die Wahl des Landrates
Vorlage: 605/2019**

Herr Dr. Gruber erläutert auch diese Vorlage (mit Anlagen) kurz.

Da es keine Wortmeldungen gibt, wird auch diese Vorlage zur Abstimmung gestellt.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 15 Anfragen und Anregungen

Frau Dr. Paschke bittet darum in Zukunft korrektere Einladungen zu erstellen. Dabei bezieht sie sich auf die Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 22.01.2019. Es gab einen Kreistagsbeschluss zur 380 kV-Leitung. Dieser Beschluss forderte im Kern, dass die Kreisverwaltung ihre Stellungnahme in den wesentlichen Bestandteilen im o.g. Ausschuss vorstellt.

Zweiter Bestandteil war die Verlängerung der Frist zur Einreichung der Stellungnahme des Landkreises.

In der Einladung des o.g. Ausschusses tauchte dieser Beschluss nicht auf. Es sollten aktuelle Informationen zu der 380 KV-Leitung durch die Firma 50 Hertz erteilt werden. Dies war auch als sehr positiv zu bewerten. Allerdings wurde die Stellungnahme nicht behandelt.

Es gab einen 55 minütigen Vortrag der Firma 50 Hertz, welcher auch nach mehrmaligem Nachfragen nicht unterbrochen werden durfte.

Auf Nachfrage, ob die Fristverlängerung gewährt wurde, konnte keine Antwort gegeben werden. Erst nach der Sitzung gab es durch den Landrat eine schriftliche Antwort, wie sich das Land bezüglich der Fristverlängerung verhalten hat.

Das ist kein korrekter Umgang mit Kreistagsbeschlüssen und es war auch keine korrekter Umgang mit den Einwohnern und Zuhörern in dieser Sitzung.

In dieser Sitzung wurde vom Gesundheitsamt Auskunft erteilt, dass keine neuen Kenntnisse, bezugnehmend auf die Stellungnahme des Gesundheitsamtes, vorliegen. Allerdings wurde uns zugetragen, dass im Gesundheitsamt anders über diese Stellungnahme gesprochen wurde. Es ist nicht das erste Mal, dass wir Kreistagsmitglieder nicht ernst genug genommen werden.

Der Landrat erklärt, dass bewusst entschieden wurde den Ausschuss nach Seehausen zu verlegen. Dies war die am meist betroffene Region und man wollte den Bürgern die Möglichkeit bieten, Informationen einzuholen.

Herr Dr. Gruber ergänzt, dass in dieser Sitzung wiederholt der Tenor der Stellungnahme vorgestellt wurde. Das bedeutet, es wurde deutlich gemacht, dass sich der Landkreis für eine Erdverkabelung einsetzt. Es bestand die Möglichkeit, da viele Amts- und Sachgebietsleiter vor Ort waren, Fragen zu stellen. Es war unsere Aufgabe, als Träger öffentlicher Belange, eine Stellungnahme des Landkreises abzugeben. Inwieweit unsere Stellungnahme berücksichtigt wird, steht außer unserer Kraft.

Hauptsächlich sollten in der Sitzung Informationen durch die Firma 50 Hertz gegeben werden. Im Anschluss der Sitzung erklärte sich die Firma bereit, den Einwohnern ihre Fragen zu beantworten. Der Landkreis Stendal hat somit in einem Verfahren gegenüber dem Vorhabensträger öffentlich bekundet, dass man die Auffassung nicht teilt, sondern sich für eine Erdverkabelung einsetzt.

Der Landrat stimmt zu, dass der Landkreis weiterhin an dieser Stellungnahme festhält. Die Gemeinden wurden angeschrieben mit dem Vorschlag, eine Einwohnerversammlung durchzuführen um die Einwohner über dieses Thema zu informieren. Darauf gab es keinerlei Antwort.

Herr Wiese kann die Bitte von Frau Dr. Paschke unterstützen. Es hätte dem Landkreis und dem Ausschuss geholfen, wenn man die Hauptschwerpunkte der Stellungnahme vorgestellt hätte.

Weitere Anfragen gibt es nicht, sodass der öffentliche Teil geschlossen wird.